Q. Archiv Universität HAMBURG

Statt Bananenschalen → Basisarbeit !

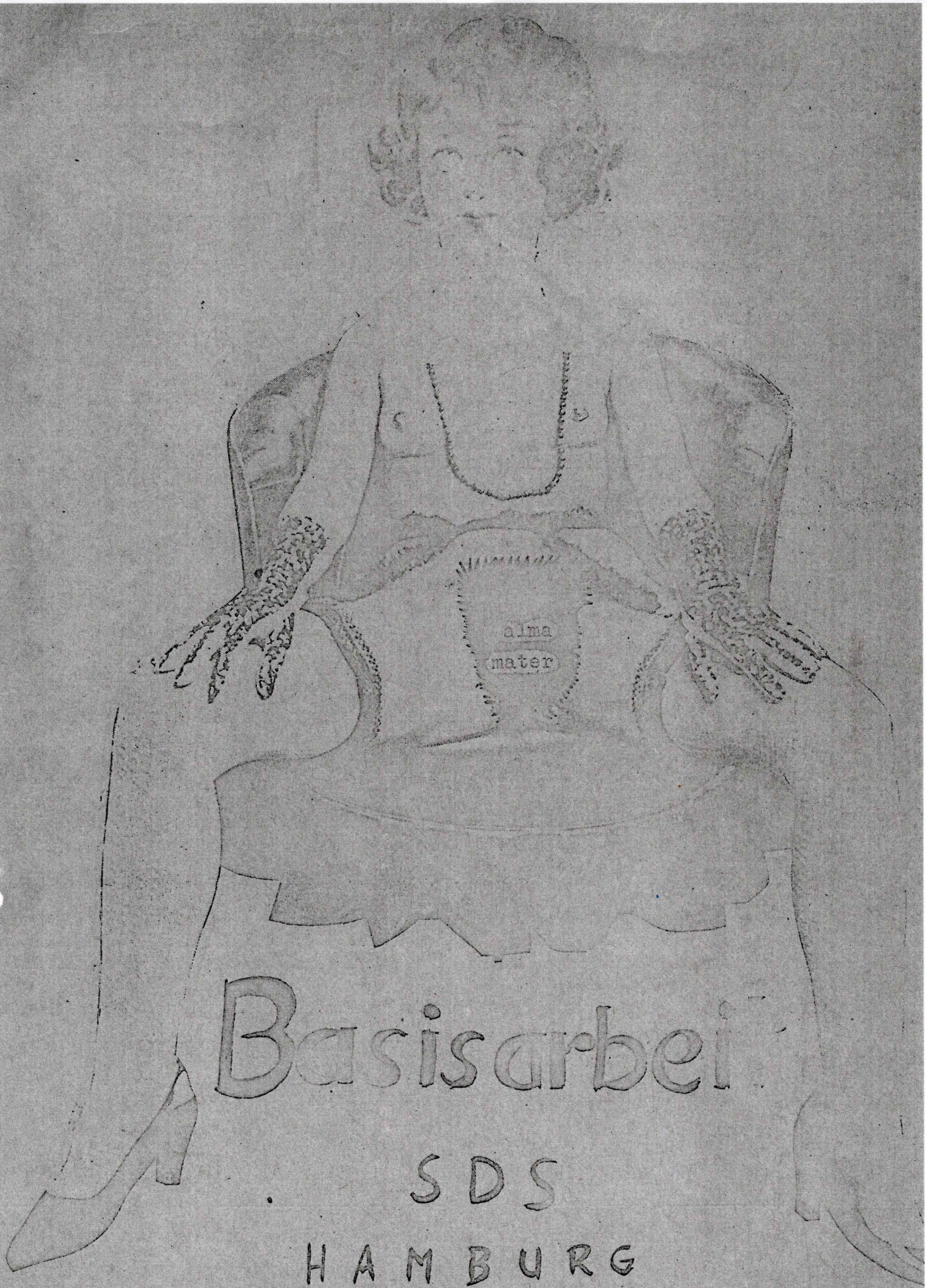
2. 12. 68

Die bisherige Politik an der Hochschule ist an ihre Grenzen gelangt. Die Mobilisierung der Studenten gelang gerade dadurch, daß wir an den allgemein-politischen Problemen ansetzten.
Demgegenüber ist die traditionelle Hochschulpolitik, die davon ausging, daß wir die unmittelbaren Interessen der Studenten zu vertreten hätten, kläglich gescheitert. Die Forderung nach Drittelparität usw. ist inzwischen jederzeit auch rechts vertretbar. Sie ist geradezu zu einer Forderung der Kultusministerien geworden und hat eine eindeutig integrative Funktion im Sinne einer Integration in den Staat bekommen. Hochschulpolitik kann deswegen heut bloß noch diskutiert werden unter der Problemstellung der Organisierung der Studentenbewegung, die ja, weil sie sich vor allem an Überbauphänomenen (Springer, Notstand) orientiert hat, per se keine Elemente in sich trägt, welche die Kontinuität der Studentenbewegung gewährleisten. Es stellt sich daher jetzt das Problem, daß wir positive Organisationsformen an der Hochschule entwickeln müssen, da der organisatorische Effekt, den seither die zentrale Repression ausgeübt hat, wegfällt und wir uns heute nicht mehr nur reaktiv verhalten können.
Wenn die Politik an der Hochschule auf ein neues, effektiveres Niveau gebracht werden soll, kann dieses nicht mehr von einzelnen "Hochschulpolitikern" geleistet werden. Deshalb fordern wir alle "Linken" auf, sich an der ersten Arbeitstagung zur Gründung eines "linken Hochschulkartells" zu beteiligen. Die erste

A R B E I T S T A G U N G soll am 8. Dezember (Sonntag) gegen 1o.3o Uhr im Republikanischen Club, Rothenbaumchaussee 95 stattfinden.

Die "Projektgruppe Hochschule" im SDS hat eine 3oseitge Broschüre "Basisarbeit" mit Materialien zur Hochschulpolitik zusammengestellt. Sie könnte Grundlage der ersten Arbeitstagung sein; gegen DM -,2o Unkostenbeitrag wird sie in der Mensa (auch Curio-Haus und Eppendorf) verteilt.

1 Arbeitstagung zur Gründung eines
"linken Hochschulkartells
8. Dezember sonntag 10 Uhr im Rep. Club



Basisarbeit

SDS

HAMBURG

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

1) Was erhofft sich die Industrie von der Studienreform ?

2) Versuch einer Kritik am Hochschulbetrieb und seinen wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen ...

3) Wissenschaft als Produktivkraft ...

4) Thesen zur Hochschulpolitik

5) Zusammenfassung der Diskussion auf dem SDS - Bundesseminar

6) Funktionsbestimmung der Fachbasisgruppen an der Hochschule

7) Schwirigkeiten des Basisgruppenkonzepts und der politischen Arbeit in den Instituten

8) Neue Hochschulpolitik ???

9) O S I - Satzung

Funktionsbestimmung der Fachbasisgruppen an der Hochschule

1. Die Fachbasisgruppen sind die Träger unserer Hochschulpolitik. Die Hochschulpolitik ist ein Zentrum unserer Praxis. Es gilt, die abstrakte Bildung systematisch zu bekämpfen. Es gilt, das Erziehungswesen, welches die Menschen abrichtet, das Leben in der kapitalistischen Gesellschaft für ein wünschenswertes zu halten, zu emanzipieren. " Der reiche Mensch ist der einer Totalität der menschlichen Lebensentäußerung bedürftiger Mensch. Der Mensch, in dem seine eigene Verwirklichung, als innere Notwendigkeit, als Not existiert." (Marx)

Hochschulpolitik ist keine defensive Taktik, die wir nach den Erfahrungen aus den Aktionen der vergangenen Monate einschlagen. Hochschulpolitik ist, wenn sie konsequent als Veränderung eines Teils des Erziehungsapparates der kapitalistischen Gesellschaft ·trieben wird, der Kern einer offensiven Strategie. In der gewärtigen Phase des Kapitalismus, in der das System eine Konlidierung dadurch zu erreichen versucht, indem es in seinen entren die Repression der abstrakten Arbeit verschleiert, indem es Wohlstand statt Freiheit - wenn auch nur in den Grenzen, die das Profitinteresse gestattet - realisiert und die Bewußtseine der dieser abstrakten Arbeit unterworfenen Individuen derart zurichtet, daß sie den gewährten Wohlstand für Freiheit halten, in dieser Phase des Kapitalismus kommt der revolutionären Kritik, die in dem praktischen exemplarischen Umsturz der Institutionen der Erziehung - Schule und Universität - von innen besteht, die Aufgabe zu, nunmehr ander abstrakten Bildung , deren Verschleierung dem System nicht gelang, den Widerspruch zwischen Freiheit und Wohlstand ins allgemeine Bewußtsein zu heben.

Die Verschleierung der abstrakten Bildung ist dem System bisher nicht gelungen, weil derzeit die Ausbildungssphäre eine Phase der Umstrukturierung bzw. der Anpassung an die vorhandene autoritäre, hochtechnologisierte Leistungsgesellschaft durchmacht. In dieser Phase sind die alten Strukturmodelle als anachronistisch und hierarchisch-autoritär erkannt, ausserdem ist sichtbar geworden, daß sie nicht in der Lage sind, die notwendigen quantitativen wie qualitativen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Das kritische Potential, daß in der Auseinandersetzung mit den anachronistischen Strukturmodellen entstanden ist, wurde durch diese Auseinandersetzung in die Lage versetzt, auch die Reformbestrebungen technokratischer Art kritisch zu betrachten und sich über deren Ambivalenz von output-Maximierung auf Kosten der erforderlichen Heranbildung kritischen Bewußtseins und des Einblicks in gesamtgesellschaftliche Totalitäten aufzuklären.

Selbst wenn diese Erfahrung in Vergessenheit geriete, bliebe doch ein systemgefährdendes Moment bestehen. Die Notwendigkeit, den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs im organisierten Kapitalismus gerecht werdende Ausbildungsqualifikation zu vermitteln, die erst eine Befähigung zum Ausüben technologisch hochentwickelter Berufe ermöglicht, setzt einen relativ hohen Rationalitätsstandard der Ausgebildeten voraus. Dieser Standard impliziert die Möglichkeit, die Verschleierungen des Systems zu durchschauen und den Blick für die gesellschaftliche Totalität zurückzugewinnen.

Praktisch formuliert besteht unsere Aufgabe u.a. eben darin, durch exemplarische Wissenschaftskritik an der Basis der Ausbildungsstätte Universität denjenigen, die durch diese Ausbildung zur Verwertung im bestehenden System disponiert werden sollen, daß Bewußtsein der ohnehin vorhandenen Politizität ihres Studiums zu vermitteln. Es ist also erforderlich, die Tendenz zu entlarven,

"einzelne Entwicklungstendenzen spätkapitalistischer Industriegesellschaften zunächst aus der politischen Gesamtordnung zu lösen und zu "wertfreien" Sachgesetzlichkeiten zu neutralisieren, um sie dann als unverdächtiges Modell der politischen Reorganisation der Gesamtgesellschaft wiederum präsentieren zu können." (O. Negt)

2. Die Fachbasisgruppen betreiben eine kollektive Organisation des Studiums, d.h. sie ermöglichen die Koordination von Studium und politischer Tätigkeit. Von der Bewältigung des Studiums ist mindestens solange nicht zu abstrahieren, als Stipendien, Studiendarlehen oder Beruf nach abgeschlossenem Studium die Quellen materieller Ressourcen sind.

3. Die Fachbasisgruppen bilden Kader für Aktionen innerhalb wie ausserhalb der Universität. Durch die Fachbasisgruppen werden wir der Erfahrung aus unseren Aktionen gerecht, daß aus den Aktionen organisatorische Strukturen keineswegs naturwüchsig hervorgehen, sondern daß vorhandene organisierte Zellen Voraussetzung für effektvolle Aktionen sind. Diese organisierten Zellen leiten eine qualitativ neue Phase unserer Aktionen ein. Sie führen uns hinaus über die Struktur der bisherigen Aktionen, in denen eine unorganisierte Masse aus zufällig beieinander sich befindenden Individuen, die zu rationaler Selbsttätigkeit nicht fähig war, einer kleinen informell gebildeten Führungsspitze gegenüberstand, die ihrerseits nicht in der Lage war, eine rationale Steuerung und Kontrolle zu gewährleisten. In der Vorbereitung künftiger Aktionen wie in ihrer Durchführung werden sich die Basisgruppen abwechseln. Sie werden von der Basisgruppenversammlung delegiert.

4. Die Umstrukturierung des SDS zu einer politischen Organisation, die sich aus an der Basis gebildeten Gruppen konstituiert, erfordert eine Umstrukturierung der MV. Die MV hört auf, formaldemokratisches Organ zu sein. Sie wird ein wöchentlich einmal tagendes Koordinations-und Informationszentrum der kontinuierlich arbeitenden Basusgruppen. Sie nimmt die Gestalt einer Basisgruppenversammlung an, der selbstverständlich nicht nur die Basisgruppen der Universität angehören.

5. Die Basisgruppenorganisation gewährleistet erstmals die Koordinierung langfristiger Strategien mit ad-hoc-Aktionen. Das Problem der Organisation des SDS ist weder allein im Hinblick auf die effektvolle Durchführung von Aktionen der Gegengewalt zu fassen, noch im Hinblick auf eine längerfristige Politik, sondern allein in der Vermittlung beider Seiten. Das Problem besteht darin, einerseits die langfristigen Strategien nicht durch ad-hoc-Aktionen immer wieder auffliegen zu lassen - im Augenblick füllen langfristige Intentionen die Pausen zwischen irgendwelchen Aktionen aus - und andererseits aber auch nicht plötzlich notwendige Aktionen durch unflexible Strategien unmöglich zu machen. Wenn die Organisationsfrage nur im Zusammenhang mit einer Strategie diskutiert wird,wird sie genauso unzureichend behandelt, wie wenn sie nur im Zusammenhang mit ad-hoc-Aktionen gesehen wird.

Die Basisgruppen können die Vermittlung von Strategie und Aktion dadurch leisten, daß in ihre Konstituierung an der Basis unmittelbar eine langfristige Strategie eingegangen ist, die nicht durch Aktionen aufzuheben ist; andererseits ermöglichen die Basisgruppen sowohl in sich als auch untereinander effektive Formen arbeitsteiliger Praxis, die es erlauben, Aktionen durchzuführen, ohne Strategien aufzuheben.

Der SDS wird aus einem individualistischen, studentischem Mitgliederverein zu einer kollektiven revolutionären Kampfbasisgruppe.

Schwierigkeiten des Basisgruppenkonzepts und der politischen Arbeit in den Instituten. (Joscha Schmierer)

An den meisten Hochschulen entstand aus den Erfahrungen der Notstandsaktionen, das Basisgruppenkonzept als eine Möglichkeit, wenigstens verbal, eine praktische Perspektive zur Weiterführung der Hochschulrevolte aufzuzeigen. Das Basisgruppenkonzept wurde jedoch sehr schnell dogmatisiert und zu einem Allheilmittel der organisatorischen Misere der Studentenbewegung stilisiert. Schon in seiner Genese an den einzelnen Hochschulen war ein ahistorisches und dogmatisches Element: vielfach wurde es unter Abstraktion seiner konkreten Herausbildung in Berlin unreflektiert als Aufgabe und Ausweg postuliert statt seinen jeweiligen Zusammenhang mit der bisherigen Studentenbewegung an den einzelnen Hochschulen zu analysieren und die verschiedenen Motivationen seiner Propagandisten zu berücksichtigen. (In Marburg wird ein apolitisches Basisgruppenkonzept vom Genossen Kiefenheim vertreten, mit der ziemlich durchsichtigen Absicht, den SDS einerseits auf die Hochschule zu beschränken und ihn andererseits in Kleingruppen aufzulösen, um innerhalb des SDS schon durchzusetzen, was Hochschulpolitik für eine reformistische DKP werden soll).
Auf dem Heidelberger Seminar zeigte sich, daß das Basisgruppenkonzept von einem Scheitern der bisherigen SDS-Politik ausgeht und als Ansatz einer qualitativ neuen Hochschulpolitik verstanden wird. Der Mangel an historischer Reflexion führt dann alsbald in gewerkschaftliches Fahrwasser und zur Negation unserer bisherigen Erfahrungen und theoretischen Ansätze. (Wenn z.B. Genosse Schwedt, Frankfurt, postuliert, die Organisation müsse an den "konkreten Lebensinteressen der Studenten" ansetzen, so nennt er erst das Problem, aber nicht dessen Lösung und läßt die Genese der Studentenbewegung völlig außer Acht: die Studenten wurden als "Staatsbürger" mobilisiert und erst diese Mobilisierung schuf theoretische und praktische Bedürfnisse, die jetzt in den Basisgruppen umgesetzt werden müssen.)
Die bisherige Politik des SDS ist aber nicht gescheitert, sondern an ihre Grenzen gelangt. Das Basisgruppenkonzept ist Produkt und Antwort auf diese Krise. Es konkretisiert die bisherige SDS-Polit und negiert sie keineswegs. Die Basisgruppen sind zunächst die Organisation der mobilisierten Studenten. Deren Selbsttätigkeit wurde zwar immer postuliert, aber durch die Form der Massen-teach ins gleichzeitig blockiert. Die Organisation der Selbsttätigkeit setzt eine Dezentralisierung der politischen Arbeit voraus, aber nicht eine Entpolitisierung der Studentenbewegung und ihre Reduktion auf studentische Interessenvertretung, d.h. die Inhalte der Basisgruppenpolitik werden nicht durch die jeweiligen Fächer bestimmt, sondern durch die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der mobilisierten Studenten. Deren Ziele werden in die Institute getragen, nicht aber werden die Inhalte der bürgerlichen Institutsarbeit zum Inhalt der Studentenbewegung. Die bürgerliche Wissenschaft und ihre Organisation an der Universität wurde gerade deshalb zum entscheidenden Widerstand der Studentenbewegung, weil diese Inhalte und Bedürfnisse entwickelt hat, die von der bestehe den Universität negiert werden. Die Schwierigkeit liegt also in d Vermittlung dieser Inhalte mit dem Studium der mobilisierten Studenten und darin besteht deren konkretes Lebensbedürfnis, das

keineswegs identisch ist mit dem der Studenten überhaupt. Die politischen Germanistik-Studenten wollen z.B. keineswegs eine andere Germanstik, sondern sie wollen anderes als Germanistik betreiben. Dieses Bedürfnis wird nun nicht etwa derart vermasst, daß es unterschlagen wird zugunsten eines verblasenen "konkreten" Lebensinteresses "der" Studenten, sondern dadurch, daß es sich in den radikalen Angriff auf die Inhalte der bestehenden Lehre umsetzt, und in diesem Angriff nicht etwa Formen einer neuen Germanistik, sondern die Inhalte einer neuen Gesellschaft aufscheinen läßt. Das vorübergehende Herausgehen aus der bestehenden Universität war schließlich kein Zufall, sondern die notwendige Voraussetzung für eine Minderheit von Studenten, die sich ihrer Bedürfnisse überhaupt erst bewußt werden mußte. Die Studentenbewegung ist nur soziologisch Bewegung der Studenten, nicht aber ihrem Inhalt und ihrem Impuls nach. Wenn sie jetzt versucht, in die Institute einzudringen, dann setzt dieser Versuch die bisherige Entwicklung gerade voraus anstatt sie zu negieren.

Was innerhalb des SDS derzeit sozialpsychologisch als autoritäre Struktur des SDS diskutiert wird, ist die subjektive Erscheinungsform eines objektiven Prozesses, der Studentenbewegung, der als Entfunktionalisierung ihrer bisherigen Avantgarde bezeichnet werden kann. Die Form der Massen-teach-ins und Massenaktionen, die den Konflikt mit der bestehenden Gesellschaft auf einer allgemeinen Ebene austrugen und die jetzt an ihre vorläufige Grenze gestoßen ist, brachte innerhalb des SDS eine bestimmte Art von Sprechern hervor, deren Lebensform als Quasiberufsrevolutionäre die subjektive Wiederspiegelung der Herausentwicklung der Studentenbewegung aus der Universität ist. Diese Avantgarde kann jedoch das Bedürfnis der Studentenbewegung, sich innerhalb der Universität zu stabilisieren, im allgemeinen nur noch theoretisch postulieren, aber nicht praktisch initiieren. Dieses Problem, das Ausdruck der Tatsache ist, daß die Protestbewegung immer noch Studentenbewegung ist, obwohl zahlreiche Individuen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen an einzelnen Aktionen teilnahmen, wird dadurch verschärft, daß aufgrund der objektiven Entwicklung der Studentenbewegung es in kaum einer SDS-Gruppe bis jetzt gelungen ist, arbeitsteilige Strukturen derart zu entwickeln, daß möglichst viele Genossen die Publikumsrolle durchbrochen hätten, d.h. der SDS steht vor der Notwendigkeit eine neue Avantgarde herauszubilden, die sich sofort, da auch die Institutspolitik nicht auf ihre provokative Phase wird verzichten können, sehr starken Pressionen ausgesetzt sehen wird. Denn durch die Konkretisierung des politischen Konflikts innerhalb der Hochschule, gerät die Studentenbewegung zunehmend unter Bedingungen, die mit denen in den Betrieben vergleichbar sind, wo ein strenges Kontrollsystem und die Individualisierung am Arbeitsplatz jede politische Aktivität behindert. Daraus ergibt sich einerseits, daß ganz bestimmte Institute, an denen die Mobilisierung der Studenten relativ fortgeschritten ist, exemplarisch herausgegriffen werden müssen, daß der strategische Ort des Angriffs nach den Möglichkeiten einer breiten Solidarisierung bestimmt werden muß (Massenvorlesungen), und daß die 'Aufklärung vor, während und nach der Aktion nicht so sträflich vernachlässigt werden darf wie bisher; andererseits muß der Angriff auf solche Teile der Lehre geführt werden, wo die Inhalte der Studentenbewegung unmittelbar zur Debatte stehen, so daß der Angriff von vornherein legitimiert ist (Imperialismusvorlesungen, etc.) und sich auf eine schon erfolgte Aufklärung beziehen kann.

Die Basisgruppen dürfen sich außerdem nicht verselbständigen, um im Konfliktfall von der ganzen politischen Studentenbewegung geschützt werden zu können, d.h. daß gerade für das Basisgruppenkonzept eine Besetzung des ASTA, der partielle Konflikte auf die allgemeine Universitätsebene heben und damit verallgemeinern kann, eminent wichtig ist.

Stellt das Basisgruppenkonzept u.a. das Problem der Ablösung der seitherigen Avantgarde innerhalb des SDS und der Aktivierung möglichst vieler Genossen, so müssen ganz bestimmte Übergangsstrategien gefunden werden, die Aktionsformen entwickeln, die in sich die Möglichkeit tragen, Basisgruppen inhaltlich und organisatorisch zu konstituieren, die den jeweils bestimmten allgemeinen, nicht fachspezifischen Konflikt in die Institute tragen können. Eine solche Übergangsstrategie ist die Justizkampagne, sofern sie zu einem Angriff auf die Juristisch Fakultät wird (vgl. Diskussionsbeitrag von J. Sch. beim Hochschulseminar in Heidelberg, S. 2/3).
Nur wenn die Basisgruppen an die allgemeine Problematik der Studentenbewegung anschließen und eine inhaltlich bestimmte Funktion in dieser erfüllen, werden sie auch Möglichkeiten der Kooperation untereinander finden, die ihnen durch die Fachstruktur der Universität ja zunächst verweigert sind. Das aber heißt, daß es nicht darum gehen kann, die Basisgruppen als die Organisationsform zu behaupten, sondern daß sie als organisatorische Teillösungen von Teilproblemen der Protestbewegung begriffen werden müssen.